

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/200

17. Oktober 1972

Ein wichtiger Schritt vorwärts

Der erste Staatsvertrag zwischen BRD und DDR

Von Egon Franke

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 / 45 Zeilen

Ein Armutszeugnis in neuer Verpackung

Neunpunkte-Programm der CDU/CSU zur Wirtschaft- und Finanzpolitik

Von Dr. h.c. Alex Möller

Bundesfinanzminister a.D. und Mitglied des
SPD-Präsidiums

Seite 2 bis 4 / 139 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Heinrich Böll: Ich wähle SPD

Seite 5 bis 7 / 142 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Ein wichtiger Schritt vorwärts

Der erste Staatsvertrag zwischen BRD und DDR

Von Egon Franke

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und
Mitglied des SPD-Präsidiums

Nach monatelangen, ausführlichen und sorgfältigen Verhandlungen ist der erste Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Kraft getreten. Der Verkehrsvertrag, der eine Reihe weiterer Verbesserungen insbesondere im Reiseverkehr zwischen den beiden Staaten in Deutschland bringt, ist ein Beispiel dafür, daß es in der besonderen Situation in Deutschland möglich ist, gleichberechtigte Verhandlungen zu führen und Vereinbarungen über gemeinsam berührende Fragen zu treffen.

Nach Lage der Dinge überwiegen in dem Vertrag verkehrstechnische Regelungen. Damit wird vor allem der Wechsel- und Transitverkehr zwischen den beiden Staaten nicht nur erleichtert und rechtlich sicherer gemacht, sondern auch erweitert. Unserer Binnenschifffahrt ist es zum erstenmal seit 1945 möglich, den Transitverkehr nach Polen und in die Tschechoslowakei aufzunehmen. Im Schienenverkehr gibt es wieder einen durchgehenden Frachtbrief und durchgehende Tarife im Personen- und Güterverkehr und Rückfahrkarten nach allen Bahnhöfen der beiden Eisenbahnverwaltungen.

Das breiteste Interesse in unserer Bevölkerung finden natürlich die erweiterten Reisemöglichkeiten privater Natur. Nachdem bereits mit gewissen Erleichterungen im Päckchen- und Paketverkehr in die DDR die Freigrenze für Geschenke, die bei Reisen nach drüben mitgenommen werden, erhöht wurde, sind jetzt Reisen auf Einladungen möglich, die nicht nur wie bisher zum Besuch von Verwandten erlaubt werden. Die Gesamtbesuchszeit von 30 Tagen im Jahr kann auf mehrere Reisen aufgeteilt werden, so daß - zumal das Einreisevisum jetzt jeweils für die ganze DDR gilt - die wichtigsten familiären und bekanntschaftlichen Verbindungen aufrechterhalten und erneuert werden können.

Aber auch wer keine Verwandten und Bekannten in der DDR hat und als Tourist die mecklenburgische, brandenburgische, sächsische oder thüringische Landschaft kennenlernen oder wiedersehen möchte, kann jetzt mit Inanspruchnahme der Reisebüros in die DDR fahren.

Nicht zuletzt aber gibt es jetzt die Möglichkeit, daß in dringenden Familienangelegenheiten Verwandte aus der DDR in die Bundesrepublik kommen können. Bei Geburten, Eheschließungen, lebensgefährlichen Erkrankungen und bei Sterbefällen können Großeltern, Eltern, Kinder und Geschwister zu den betreffenden Verwandten in die Bundesrepublik kommen.

Die Bundesregierung ist sich völlig darüber im klaren, daß noch viele Probleme offen bleiben und gelöst werden müssen. Dieser Verkehrsvertrag ist aber ein weiterer Schritt, um die Folgen der Teilung zu mildern; es ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege, Verträge und Vereinbarungen mit der DDR auszuhandeln, die den Menschen in beiden Teilen Deutschlands nützen. Diesen Weg wird die Bundesregierung konsequent weitergehen.

(-/ex/17.10.1972/bgy)

Ein Armutszeugnis in neuer Verpackung

Neunpunkte-Programm der CDU/CSU zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Von Dr. h. c. Alex Möller

Bundesfinanzminister a.D. und Mitglied des SPD-Präsidiums

Das läßt sich nicht leugnen: Die Preisentwicklung bereitet uns allen Sorgen. Es ist daher durchaus richtig und angemessen, daß eine Partei, die anstrebt, Regierungsverantwortung zu übernehmen, sich zu diesem Thema äußert. Die Erwartungen allerdings, die sich an die Verkündung eines Programms auf dem Wahlparteitag der CDU knüpfen, sind bitter enttäuscht worden.

Wir wollen das Problem der Preissteigerungen nicht verniedlichen. Was not tut, ist jedoch nicht, eine unerwünschte Tatsache zu beklagen, sondern konkrete und durchführbare Maßnahmen zu ihrer Beseitigung vorzuschlagen. Was würde geschehen, wenn wir einmal annehmen, eine CDU/CSU-Regierung hätte ihr mit so viel Aufwand verkündetes Neunpunkte-Programm zur Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzuführen?

Punkt 1: Die CDU/CSU fordert Neuordnung, Konsolidierung, Durchführung und Überprüfung der Staatsausgaben - das sind verdächtig viele umschreibende Worte für einen doch sehr einfachen Tatbestand. Es geht hier um Ausgabekürzungen. Das wird zwar nicht klar und deutlich gesagt, sondern in immer neuen Formulierungen über die Sparsamkeit der Haushaltsführung und die Herabdrückung von Wachstumsraten lediglich angedeutet. Eine restriktive Ausgabenpolitik ist jedoch nichts Neues. Seit Jahren wird sie von der Bundesregierung durchgeführt. In allen Stats seit 1969 sind aus konjunkturellen Gründen erhebliche Einsparungsmaßnahmen durchgesetzt worden. Der Anteil der Bundesausgaben am Sozialprodukt ging zurück; 1968 betrug er noch 14,0 v.H., 1969 immerhin 13,5 v.H. und 1972 wird er bei 13,1 v.H. liegen. Ohne Beachtung der Tatsache, daß ein solcher Rückgang des Anteils der Bundesausgaben am Bruttosozialprodukt vorliegt, fordert die CDU/CSU unbekümmert zusätzliche Ausgabekürzungen. Auch das ist nicht neu. Seit Jahren wird die Opposition von den Regierungsparteien aufgefordert, doch endlich präzise zu sagen, welche Ausgaben sie streichen will, welche Maßnahmen sie aufschieben will und wo auf öffentliche Leistungen verzichtet werden soll. Seit Jahren vermeidet sie eindeutige Antworten, seit Jahren ist die Politik der Opposition die gleiche: Forderung nach Mehrleistungen bei einzelnen konkreten Maßnahmen, dabei immer die Regierungsvorschläge ohne Absicherung finanziell übertrumpfend; ihre allgemeingehalteneren Aufrufe zur Sparsamkeit verschwinden in ihrer Gedächtnislücke.

Punkt 2: Die CDU/CSU wird nach Einblick in die Unterlagen eine mittelfristige Finanzplanung vorlegen, eingebettet in eine gesamtwirtschaftliche Projektion. Das ist kein Programmpunkt, sondern eine Verpflichtung gemäß § 9 Stabilitätsgesetz. Es wird wohl eine Illusion bleiben, daß die CDU/CSU als Regierungspartei dieser Verpflichtung nach dem 19. November nachzukommen hat. Strauß wirft im Zusammenhang mit diesem Programmpunkt der Bundesregierung vor, sie hätte die neue Finanzplanung und den Haushalt für 1973 noch nicht detailliert

vorgelegt, sondern lediglich die Rahmendaten. Hierzu muß gesagt werden; daß dies ein ganz normales Verfahren ist, schließlich kann die alte Regierung noch nicht für die neue sprechen. Immerhin enthält aber der Rahmen alle gesamtwirtschaftlich wichtigen Daten: präzise Zahlen über Gesamtausgaben, Gesamteinnahmen, Kredite und Investitionen und das Volumen aller Einzelpläne für das Jahr 1973. Als Strauß im Herbst 1969 in der gleichen Lage war, hat er weniger geboten. Er hinterließ nicht Planungen, sondern Belastungen. Jetzt fordert Strauß "Keine Haushaltszuwachsrate mehr von 12 oder 14 v.H. sondern schrittweise runter auf etwa die Hälfte" - nun, Zuwachsraten von 14 v.H. hat es nicht gegeben, und der Bundeswirtschafts- und -finanzminister hat für die Jahre 1974 bis 1976 eine Steigerung von 8,5 v.H. vorgesehen.

Zum "Programmpunkt 2" gehört ferner die Aussage, daß der Anteil der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt nur erhöht werden könne, wenn es sozial und gesamtwirtschaftlich vertretbar sei. In verständliche Sprache übersetzt, heißt das, daß die CDU/CSU hiernit zur Frage der Steuerbelastung Stellung nimmt. Ob nun aber nach Ansicht der Finanz- und Wirtschaftsexperten der CDU/CSU die Steuern erhöht werden sollen, ist nicht ersichtlich. Wieder einmal: Die Opposition betreibt das bei ihr beliebte "Jein"-Spiel weiter.

Punkt 3: Die CDU/CSU will eine wirksam handlungsfähige Bundesbank durch Unterstützung einer am volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen orientierten Geldmengensteuerung. Was verbirgt sich hinter dieser Forderung? Es könnte bedeuten, daß die CDU/CSU für eine gesetzliche Beschränkung der Kreditgewährung der Banken eintritt (Kreditplafondierung) - warum sagt sie es dann nicht? Weil die Banken bereits protestiert haben? Es könnte auch bedeuten, daß die CDU/CSU für eine Devisenzwangswirtschaft eintritt und hofft, auf diese Weise den Geldzustrom aus dem Ausland zu bremsen. Aber wie steht es dann mit der freien Marktwirtschaft? Hat man Herrn Erhard nicht gefragt? Und es könnte ferner bedeuten, daß die CDU/CSU für ein Floaten der D-Mark eintritt (und damit für eine Lösung von unseren europäischen Bindungen). Was sagt der Aufwertungsgegner Strauß dazu? Oder bedeutet dieser Punkt lediglich, daß die Bundesbank weiter so handeln soll wie bisher? Eine Regierung, die auf diesen Programmpunkt verpflichtet wäre, hätte es leicht; sie kann machen, was sie will.

Punkt 4: Die CDU/CSU will die rechtzeitige Anwendung stabilitätspolitischer Instrumente durch Ausbau des statistischen Instrumentariums in Richtung auf ein "Frühwarnsystem". Verbesserung der Statistik - dagegen ist nicht viel zu sagen. Aber ob man durch verbesserte Statistiken Konjunkturprognosen zustande bringt, die längere Zeiträume umfassen als bisher, wird von mir bezweifelt. Daneben wird die Prüfung von Möglichkeiten regelgebundenen Verhaltens gefordert. Hierzu hat der Wirtschaftswissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen erst kürzlich ein Gutachten erstattet und von solchen Patentrezepten abgeraten.

Punkt 5: Die CDU/CSU will das enge Zusammenwirken von Regierung und gesellschaftlichen Kräften. Dabei sollen Einkommens- und Vermögenspolitik aufeinander abgestimmt werden und zur Preisstabilisierung wie zur Entschärfung von Verteilungskämpfen beitragen. Wie Strauß im Südwestfunk sagte, werden dann Einkommenszuwächse geringer sein. Wie ist das zu verstehen? Müssen nun nach Ansicht der CDU/CSU

die "gesellschaftlichen Kräfte" Beschlüsse fassen, die die Grenzen der Tarifautonomie unbeachtet lassen ?

Punkt 6: Die CDU/CSU will die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand stärker für die Preisstabilisierung nutzen. Die geltenden Vorschriften regeln im einzelnen das Verfahren der Ausschreibung und zwingen die Verwaltung, das preiswerteste Angebot zu akzeptieren. Die zeitliche Verlagerung der Auftragsvergabe aus konjunkturellen Gründen ist im übrigen bereits praktiziert worden.

Punkt 7: Die CDU/CSU will vor der Neufassung des Kartellgesetzes für eine volle Ausschöpfung des geltenden Wettbewerbs- und Preisrechts sorgen. Bei einer Partei, die die parlamentarische Behandlung der Kartellgesetznovelle nicht gerade gefördert hat, überrascht ein solcher Programmpunkt - wenn man es überhaupt als Programmpunkt bezeichnen kann, bestehende Gesetze anzuwenden und dabei vergibt, daß man eine wirksamere Anwendung durch eine Gesetzesnovelle bisher nicht gefördert, sondern eher verhindert hat.

Punkt 8: Die CDU/CSU fordert verstärkte Bemühungen um Stabilität innerhalb der EWG. Diese Unterstützung der Politik der Bundesregierung ist zu begrüßen. Inwieweit sich die Regierungen von England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Dänemark, Irland und Luxemburg nach CDU/CSU-Beschlüssen richten, steht auf einem anderen Blatt.

Punkt 9: Die CDU/CSU fordert einen europäischen Beitrag zur Neuordnung des Weltwährungssystems und, solange sie noch aussteht, hält sie sich die Möglichkeit einer größeren und europäisch abgestimmten Außenflexibilität der Währungen offen. Nun, der deutsche Beitrag zur Weiterentwicklung des internationalen Währungssystems bestand ja gerade in einer Erhöhung der Flexibilität der Wechselkurse. Hier formuliert die Opposition eine Forderung, die von deutscher Seite in der Praxis der Zusammenarbeit mit anderen Ländern immer wieder herausgestellt worden ist und weiter die notwendige Beachtung findet.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die CDU/CSU wird die Steuern entweder erhöhen oder nicht; sie will, daß andere Länder sich immer so verhalten, wie sie es wünscht, und sie fordert, was bereits in Gesetzen festgelegt oder was schon seit langem Bestandteil der Politik der Bundesregierung ist.

Wenn die CDU/CSU mit diesem Programm ihre Regierungsfähigkeit nachweisen will, dann muß man schon jetzt sagen: Dieses Experiment ist gescheitert !

(-/ox/17.10.1972/ks)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Heinrich Böll: Ich wähle SPD

Der katholische Schriftsteller Heinrich Böll hat am 12. Oktober 1972 in Dortmund vor dem Außerordentlichen SPD-Partei-tag für die Sozialdemokratische Wählerinitiative gesprochen. Wir bringen den Wortlaut dieser bemerkenswerten Rede:

Im Zusammenhang mit Problemen der inneren Sicherheit ist in diesem Lande in den letzten Jahren viel über Gewalt gesprochen worden. Es ist auch viel Gewalt sichtbar geworden, und man hat sich stillschweigend darauf geeinigt, unter Gewalt nun die eine, die sichtbare zu verstehen: Bomben, Pistolen, Knüppel, Steine, Wasserverwerfer und Tränengasgranaten.

Ich möchte hier von anderen Gewalten und anderer Gewalt sprechen, jenen, gegen die die sozialliberale Koalition erreicht hat, was sie erreichte, gegen die massive publizistische Gewalt einiger Pressekonzerne, die in erbarmungsloser Stimmungsmache die Arbeit erschwert und die Verleumdung nicht gescheut hat. Hätte die Koalition nur so viel Prozent der Presse, wie sie Wählerstimmen gehabt hat, in fairer Kritik und demokratischer Loyalität hinter sich gehabt! Die Zeitungen und Zeitschriften, die diese Qualitäten aufbrachten, hat man schon früh auf eine Empfehlung des CDU-Wirtschaftsrats auf die simpelste Weise unter Druck zu setzen versucht, indem man ihnen Anzeigen entzog. Und wenn man weiß, daß jährlich rund vier Milliarden DM für Inserate ausgegeben werden, kann man sich vorstellen, welche Gewalt hinter solchen Empfehlungen stecken kann.

Und das, obwohl die Herren, die Einfluß auf gewisse Publikationsorgane ausüben, immer so zufrieden die Hände reibend aus Moskau zurückkommen, seitdem die Verträge, gegen die man gleichzeitig in seinen Zeitungen polemisieren läßt, abgeschlossen sind. Ist da der Verdacht erlaubt, sich vorzustellen, daß ein Teil der zukünftigen Gewinne aus den sogenannten Ostgeschäften gegen die sozialliberale Koalition verwendet wird?

Es gibt also nicht nur Gewalt auf den Straßen, Gewalt in Bomben, Pistolen, Knüppeln und Steinen, es gibt auch Gewalt und Gewalten, die auf der Bank liegen und an den Börsen hoch gehandelt werden. Wenn Sie, verehrter Herr Brandt, immer noch nicht wissen sollten, wo wirklich Ihr Gegner zu finden ist: Die Finanzierung dieses Wahlkampfes wird Ihnen wohl die Augen öffnen.

Eine weitere Gewalt, gegen die Sie Ihre Politik durchzusetzen hatten, war das eingefleischte, fast schon angeborene Gefühl vieler Bürger dieses Staates, denen die Sozialdemokraten als Opposition ja ganz recht waren, denen es aber doch wie eine Art Staatsstreich, mindestens wie eine ziemliche Unverschämtheit vorkam, daß Sie regierten. Regierungen mußten Sie außerdem gegen eine kaum kontrollierbare Gewalt, die ich so lange nicht denunzieren möchte, solange ich sie nicht definieren kann. Selbst wenn wahr wäre, daß gewisse Profite - und "Profit" bedeutet ja nicht nur Geld - bei dem einen oder andere Abgeordneten eine Rolle gespielt haben könnten, so sollte auch das nicht wundern in einer Gesellschaft, deren tägliches Gebet, deren Erziehungswesen um Profit, Gewinne, Umsatzsteigerung, Beförderung,

Rekord geht. Ja, manch einem kann dann sein Gewissen befehlen, auf seinen Profit zu achten. Auch diese Gewalten, die ich andeutungsweise hier genannt habe, empfinde ich als ein Problem der inneren Sicherheit.

Vor einigen Jahren hat man - ein wenig zu früh, wie sich dann herausstellte - die Nachkriegsära für beendet erklärt. Vergessen hat man dabei wohl, daß möglicherweise auch die Phase eines teilweise blinden, brutalen Aufbaus beendet sein könnte. Und was nun zu kommen habe, sei eine Phase der Korrekturen: der Profitkorrekturen an Menschen, an Landschaften, an den Elementen Wasser, Luft und Erde, Korrekturen möglicherweise auch an diesem überstrapazierten Instrument Gewissen, das auf Profit synchronisiert sein könnte. Welche und wieviel Gewalt verbirgt sich in und hinter einer Profitgesellschaft? Ich überlasse es den Philosophen und Philologen, das herauszufinden und uns eines Tages zu offenbaren, was daran hätte christlich gewesen sein können.

Und wieviel Lebenswertes wird durch alle diese Gewalten, die unseren Alltag kommandieren, verhindert, deformiert, gefälscht? Welche Art der Lebensentwertung findet da statt, wenn man auf den Straßen Tempo sät und Tod erntet - und Gewalt gegen Sachen, wenn auch unfreiwillige, die Produktion fördert? Welche Konflikte da noch bevorstehen, kann man nur ahnen.

Und nun, in diesem Augenblick, wo Sie gegen massivsten Widerstand die Lösung des allerschwersten außenpolitischen Problems der Bundesrepublik, die Liquidierung der Folgen des Zweiten Weltkriegs, eingeleitet haben - wobei Ihre politischen Gegner Geschichtsenthaltung geübt haben -, in diesem Augenblick, wo begonnen werden könnte, sich den oben angedeuteten Konflikten zu stellen, tritt derselbe Gegner mit einem sozialpolitischen Reformgesicht in den Wahlkampf. Jetzt ist nicht mehr das Abendland bedroht, nein, jetzt wird zum Aushängeschild, was nicht alle, aber gewisse Unternehmer jahrzehntelang freundlich "sozialen Klimbim" genannt haben.

Mir wird bange, bange um die Arbeitnehmer, bange auch um Herrn Katzor, wenn ich ihn in fast schon brüderlicher Umarmung mit genau den Herren Strauß und Dregger sehe, die ihn auf dem Landesparteitag der CDU in Düsseldorf vor nicht ganz zwei Jahren auf die zynischste und schändeste Weise torpediert haben, während die Herren Köppler und Kohl Stillschweigen übten. Ich würde eine sehr gute Parole für den nächsten CDU-Parteitag, ein Zitat aus dem Grundgesetz: Eigentum verpflichtet. Und wozu verpflichtet Eigentum? - Zu mehr und immer mehr und immer noch mehr Eigentum?

Die ja mehr oder weniger ersessene Kandidatur von Herrn Barzel, die peinliche Art von Gewalt, die Herrn Strauß blind zu

machen scheint gegen die Zeichen einer veränderten Welt und eines veränderten Klimas - ich kann mir nicht denken, daß eine große Partei sich selbst und andere für länger oder immer mit diesen Zumutungen konfrontieren möchte.

Ich möchte auch gern wissen, wie dieser plakatierte christliche Sozialreformismus sich zwischen Fortschrittsversprechungen und Stabilitätsversprechungen durchwursteln will. In diesem CDU/CSU-Paradies würde offenbar dann alles steigen: die Löhne, die Aktiengewinne, die Gemeinschaftsausgaben, die Sozialleistungen, sogar die Rüstungsaufwendungen, wie Herr Barzel vor ein paar Tagen andeutete. Alles würde steigen. Nur die Preise würden stabil bleiben und die D-Mark hart und fest.

Es würde auch nicht die geringsten Interessenkonflikte geben, also keinerlei Gewalt. Und wenn wir dann endlich eine Totalgesellschaft von Vermögensunabhängigen geworden sind: wer wird dann noch arbeiten für die Zinsen, von denen wir leben müßten. Ich nehme an, die beiden Brüder, das kleine und das klitzekleine Fritzchen, die da in der Treitmühle Tempo geben und immer noch an Chancengleichheit glauben! Ich kann Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, die Rolle des Zuschauers in diesem Paradies nicht gönnen.

Sie werden gebraucht, um Gewalt, die eine wie die andere, zu verhindern, um Frieden zu garantieren, um zu verhindern, daß eine personell wie programmatisch verfallene Partei die Macht übernimmt. Sie werden gebraucht, um zu garantieren, was selbstverständlich ist, aber dann nicht mehr selbstverständlich wäre: daß Rechtsprechung, Rechtspflege, Strafvollzug keine Instrumente der Rache sind. Gebraucht werden Sie, um einigen vergessenen Artikeln des Grundgesetzes Farbe und Wirklichkeit zu verleihen und um die Reform des Strafvollzuges durchzuführen.

Erlauben Sie mir noch ein paar Sätze zu der Eigenschaft, in der ich hier spreche. Ich spreche im Namen der sozialdemokratischen Wählerinitiative, die aus mehreren hundert Gruppen und zigtausend freiwilligen Helfern besteht, die alles ihnen Mögliche tun, um eine zweite Regierung Brandt möglich zu machen.

Ich definiere diese Initiativen, die täglich mehr werden, als eine Art Gegengewalt von Bürgern gegen die von mir beschriebenen Gewalten, von Bürgern, die, erschrocken über den finanziellen Aufwand, der gegen sie mobilisiert wird, erkennen, was auf dem Spiel steht: der Übergang von einer Unternehmer- zu einer Arbeitnehmer-, von einer von Vorurteilen bestimmten zu einer aufgeklärten Gesellschaft.

So erscheint es mir nicht als Zufall, daß zum erstenmal in der deutschen Geschichte eine Gruppe katholischer Theologen, Professoren und Publizisten - ich nenne nur die Namen Dirks, Lengsfeld, Kreinacher, Erb - offen und energisch als Wahlhilfe für die SPD wirken. Beim nächsten Wahlkampf wird es dann hoffentlich nicht mehr notwendig sein, sich noch konfessionell zu definieren.

Eines, glaube ich, kann ich Ihnen voraussagen: Die zweite sozialliberale Koalition wird es nicht leichter haben als die erste, und von Kritik, auch von unserer, wird sie bestimmt nicht verschont bleiben.

(-/ja/ex/17.10.1972/ks)